

Haselbeck, Sebastian

Von: Rosche, Carsten
Gesendet: Donnerstag, 10. August 2017 17:17
An: RegO1
Betreff: Veröffentlichung von Gesetzentwürfen und Verbändestellungnahmen aus der 18. Legislaturperiode (Enthält Fristen!)

Bitte z.Vg. O1-15016/1#34
Rosche

Von: Jost, Tanja
Gesendet: Dienstag, 8. August 2017 11:01
An: Griesbeck, Michael, Dr.
Cc: SVALO_; Rosche, Carsten
Betreff: AW: Veröffentlichung von Gesetzentwürfen und Verbändestellungnahmen aus der 18. Legislaturperiode (Enthält Fristen!)

Lieber Herr Dr. Griesbeck,

zu Ihrer 1. Frage:

Es sollten nur diejenigen Verbände angeschrieben werden, die i.R. des Gesetzgebungsverfahrens angeschrieben worden sind und auch eine Stellungnahme abgegeben haben. Ein anderes Vorgehen würde meines Erachtens eher zur Verwirrung bei den Verbänden führen und man würde unnötigen Schriftverkehr provozieren.

Zu Ihrer 2. Frage:

Ihre Annahme ist korrekt. Es sollen nur die Stellungnahmen veröffentlicht werden, die i.R. des Beteiligungsverfahrens nach § 47 GGO abgegeben worden sind, also keine unaufgefordert zugesandten Stellungnahmen von Verbänden.

Mit freundlichen Grüßen
Tanja Jost

Bundesministerium des Innern
Referatsleiterin O1
Grundsatzangelegenheiten; Ausschuss für Organisationsfragen;
Modernisierungsprogramme; Int. Zusammenarbeit in Verwaltungsfragen
Alt-Moabit 140, 10557 Berlin
Tel.: 030 18681-11982
E-Mail: O1@bmi.bund.de
E-Mail (persönlich): Tanja.Jost@bmi.bund.de

Von: Griesbeck, Michael, Dr.
Gesendet: Dienstag, 8. August 2017 10:17
An: O1_
Cc: Jost, Tanja; Rosche, Carsten
Betreff: AW: Veröffentlichung von Gesetzentwürfen und Verbändestellungnahmen aus der 18. Legislaturperiode (Enthält Fristen!)

Liebe Frau Jost,

lieber Herr Rosche,

bei unserer Referatsleiterbesprechung sind zum weiteren Vorgehen Fragen aufgetaucht, die m.E. abteilungsübergreifend einheitlich beantwortet werden sollen:

Sollen alle Verbände angeschrieben werden, die im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens angeschrieben wurden, auch wenn sie keine Stellungnahme abgegeben haben (falls ja, könnten die e-mail Verteiler komplett übersandt werden, so wie sie im Gesetzgebungsverfahren verwendet wurden; dies würde den Referaten – und Ihnen - die Arbeit erleichtern, könnte aber zu Nachfragen bei Verbänden führen, die sich im Rahmen der Verbändebeteiligung nicht gemeldet haben)?

Angesichts des Anschreibens und des Musteranschreibens gehe ich davon aus, dass nur solche Verbändestellungnahmen eingestellt werden, die das BMI im Rahmen des Beteiligungsverfahrens nach 47 GGO erreicht haben.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Michael Griesbeck

Bundesministerium des Innern
Ministerialdirigent
Leiter der Unterabteilung V II (Verwaltungsrecht)
Tel.: +49 (0) 30 18 681 10186
Fax: +49 (0) 30 18 681 5 10186
E-Mail: Michael.Griesbeck@bmi.bund.de

Von: O1_

Gesendet: Montag, 7. August 2017 15:51

An: ALZ_; ALD_; ALSP_; ALV_; ALIT_; ALOeS_; ALB_; ALKM_; ALM_; ALE_; StabGZ_

Cc: ALO_; SVALO_; O1_; RegO1; Jost, Tanja; Rosche, Carsten

Betreff: Veröffentlichung von Gesetzentwürfen und Verbändestellungnahmen aus der 18. Legislaturperiode (Enthält Fristen!)

O1-15016/1#34

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

in der St-Runde vom 10. Juli 2017 wurde vereinbart, dass die Bundesministerien Referentenentwürfe zu Gesetzgebungsverfahren sowie die aufgrund der Verbändebeteiligung nach § 47 Absatz 3 GGO eingegangenen Stellungnahmen aus der laufenden 18. Wahlperiode im Internet veröffentlichen. Alle Bundesministerien haben sich zur Veröffentlichung dieser Dokumente verpflichtet. Dazu ist ein ressortübergreifend einheitliches Verfahren anzuwenden. Dieses sieht vor, dass zunächst die Verbände über die geplante Veröffentlichung informiert werden und diesen die Möglichkeit gegeben wird, personenbezogene Daten in den Stellungnahmen zu schwärzen oder der Veröffentlichung zu widersprechen. Anschließend werden die Dokumente sukzessive im Internet des BMI veröffentlicht.

Das Referat O 1 koordiniert die Umsetzung im Hause. Es soll wie folgt vorgefahren werden:

A. Beteiligung der Verbände

1. Alle Abteilungen melden, gesammelt für ihre OEs, **alle** in ihrem Zuständigkeitsbereich in der 18. Legislaturperiode nach § 47 Absatz 3 GGO an Gesetzgebungsverfahren beteiligten Verbände und Fachkreise an das Referat O 1. Dazu ist die beigefügte Excel-Tabelle („Liste Beteiligungen.xlsx“) zu nutzen. Als Hilfestellung ist der Tabelle eine Übersicht der Gesetzgebungsverfahren des BMI aus der 18. Legislaturperiode beigefügt. Diese Liste erhebt nicht den Anspruch auf Vollständigkeit und ist von den zuständigen OEs bei Bedarf zu ergänzen.

2. Referat O 1 informiert die von den Abteilungen gemeldeten Verbände und Fachkreise gesammelt per E-Mail. Hierzu wird ein ressortübergreifend abgestimmtes Musterschreiben verwendet, um die Einheitlichkeit des Handelns der Bundesregierung sicherzustellen.
3. Gegebenenfalls eingehende Rückmeldungen der Verbände und Fachkreise werden durch Referat O 1 an die zuständigen OEs weitergeleitet. Um eine korrekte Zuordnung zu ermöglichen, ist es erforderlich, in die Excel-Tabelle die meldende OE und das jeweilige Gesetzgebungsverfahren einzutragen.

B. Vorbereitung der zu veröffentlichenden Dokumente

1. Zu jedem Gesetzgebungsverfahren sind der jeweilige Referentenentwurf, auf dessen Basis die Beteiligung nach § 47 Absatz 3 GGO durchgeführt wurde, sowie die dazu eingegangenen Stellungnahmen zu veröffentlichen. Sofern bei einem Gesetzgebungsverfahren kein Beteiligungsverfahren durchgeführt wurde, ist nur der ressortabgestimmte Referentenentwurf zu veröffentlichen.
2. Alle Dokumente sollen im Format PDF veröffentlicht werden. Liegt ein Dokument nur in einem anderen Format vor, ist ein PDF zu erzeugen. Sofern von Verbänden oder Fachkreisen Schwärzungen vorgenommen werden (siehe Punkt A.2. und A.3.), sind ausschließlich diese geänderten Stellungnahmen zu verwenden.
3. Um eine einheitliche Veröffentlichung im Internet zu erreichen, hat das Referat Presse eine Vorlage (sog. Copybook) erstellt, in der zusätzliche Informationen einzutragen sind. Die Vorlage ist im Format MS Word beigefügt („BMI Copybook Gesetzgebungsverfahren.docx“). Pro Gesetzgebungsverfahren ist eine Vorlage auszufüllen!

C. Übergabe der zu veröffentlichenden Dokumente an das Referat Presse/Internetredaktion

1. Pro Gesetzgebungsverfahren ist ein mit dem Kurztitel des Gesetzes benannter Ordner anzulegen, in dem die zugehörigen Dokumente (Referentenentwurf, ggf. Stellungnahmen der Verbände und das Copybook) gesammelt werden. Da die Dokumente abteilungsweise übermittelt werden (siehe Punkt 3), wird hierfür das „Abteilungslaufwerk“ empfohlen.
2. Die zu veröffentlichenden Dateien werden gem. den Vorgaben des Referats Presse benannt (siehe MS-Word Vorlage „BMI Copybook Gesetzgebungsverfahren.docx“).
3. Die Übermittlung der Dokumente an das Referat Presse wird mittels eines dafür von Z II 1 eingerichteten „Teamraums“ erfolgen. Pro (Unter-)Abteilung ist daher eine Ansprechperson zu benennen, die Zugriff auf den Teamraum erhält und die Dokumente der Gesetzgebungsvorhaben der Abteilung in den Teamraum einstellt. Da die Einstellung im Internet möglichst zeitnah erfolgen soll, soll mit der Überspielung der Dateien in den Teamraum NICHT gewartet werden, bis alle Gesetzgebungsvorhaben einer Abteilung vorliegen. Die Übermittlung soll immer dann erfolgen, wenn alle erforderlichen Dokumente zu einem Gesetzgebungsverfahren gesammelt und vorbereitet wurden. Die benannten Ansprechpartner erhalten zu gegebener Zeit weitere Informationen zum Verfahren.

Was ist nun zu tun?

1. **Abteilungsweite Erfassung der beteiligten Verbände und Übersendung der Excel-Tabelle an O 1 bis zum 11.08.2017 (DS)**
2. **Meldung der Ansprechperson für den Teamraum an O1 ebenfalls bis zum 11.08.2017 (DS)**
3. **Vorbereiten der Dokumente (Sammeln, Benennung, Ausfüllen des Copybooks)**

Vor der Übermittlung der Dokumente ist grundsätzlich die den Verbänden gesetzte Frist zum Widerspruch abzuwarten. O 1 wird zum gegebenen Zeitpunkt alle Abteilungen über den Ablauf der Frist informieren. Die Vorbereitung der Dokumente kann jedoch bereits parallel erfolgen. Gesetzentwürfe, zu denen keine Verbändebeteiligung erfolgte, können bereits vor Ablauf der Verbändefrist über den Teamraum übermittelt werden.

Arbeitshilfen:

1. Im März 2017 erfolgte eine hausweite Abfrage von bei Gesetzgebungsverfahren beteiligten Verbänden aufgrund eines IFG-Antrags. Für die Liste notwendige Informationen liegen daher ggf. bereits gesammelt bei den IFG-Beauftragten der Abteilungen/Stäbe vor.
2. In der beigefügten Datei „Übersicht GE BMI.docx“, die auf einer Liste des Stab PLG beruht, sind durch die Fachreferate zugeliferte Kurzbeschreibungen der Gesetzgebungsvorhaben enthalten. Diese können – nach

erneuter Prüfung durch das Fachreferat – als Grundlage für den im Copybook anzugebenden Haupttext genutzt werden. Das Referat Presse bittet darum, die Texte bürgerfreundlich und verständlich abzufassen.

Durch die zeitnahe Veröffentlichung der Gesetzentwürfe und entsprechenden Verbändestellungnahmen sollen weitere Belastungen der Fachbereiche durch eine Vielzahl von IFG-Anträgen vermieden werden. An dieser Stelle möchten wir den betroffenen Fachbereichen schon jetzt für die Unterstützung des Vorhabens danken.

@RegO1: Bitte zum Vorgang nehmen

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Jana Schüssler

Bundesministerium des Innern

Sachbearbeiterin im Referat O1

Grundsatzangelegenheiten; Ausschuss für Organisationsfragen;

Modernisierungsprogramme; Int. Zusammenarbeit in Verwaltungsfragen

Alt-Moabit 140, 10557 Berlin

Tel.: 030 18681-11919

E-Mail: O1@bmi.bund.de

E-Mail (persönlich): Jana.Schuessler@bmi.bund.de